

„Wir bitten um Entschuldigung!“

Haushaltsdefizit 2,4 Millionen Euro trotz Streichungen und Erhöhungen – Fraktionen sprechen von Zumutungen für Bürger

Kirchzarten Im Ergebnishaushalt sind im Haushaltsplan 2026 der Gemeinde Kirchzarten 36,15 Millionen Euro an Ausgaben veranschlagt – darin erhalten Personalkosten und Transferleistungen, Gelder, die beispielsweise an nicht-kommunale Kindertagsträger überwiesen werden. Diesen Ausgaben stehen 33,76 Millionen Euro an Einnahmen gegenüber, die überwiegend aus Steuereinnahmen und Zuweisungen stammen. Bleibt ein Defizit von 2,39 Millionen Euro. Dennoch tätigt die Kommune über den Finanzhaushalt Ausgaben: es stehen Sanierungsmaßnahmen in allen Schulen an und die Feuerwehr erhält einen Erweiterungsbau. Für die Gemeinderäte war der Beschluss über den Haushalt schwierig, denn mit den vielen Kürzungen auf der einen und den Erhöhungen auf der anderen Seite werde der Bevölkerung viel zugemutet, was in den Stellungnahmen mehrfach zum Ausdruck gebracht wurde.

Der Haushalt setze sich aus vielen unpopulären Entscheidungen zusammen, so Joscha Brandhorst (Grüne). Trotz allem war für die Grünen entscheidend, dass Lasten fair und ausgewogen verteilt werden und auch der Klimaschutz nicht unter die Räder kommt. Die Schiefelage komme zustande, weil auch Kirchzarten zu lange über seine Verhältnisse gelebt habe. Das größere Problem sei, dass das Prinzip der Konnexität seit Jahren nicht funktioniere. Die Kommunen trügen rund ein Viertel der staatlichen Aufgaben, bekämen aber nur einen Bruchteil der Steuereinnahmen. Dieses strukturelle Defizit führe zu Investitionsstau und Haushaltslöchern, die immer weiterwachsen. Obwohl der Haushalt eine Zumutung für die Bevölkerung ist, trage ihn die Grünen mit. Ein unvollkommener Haushalt sei besser als gar keiner, er sichere die Handlungsfähigkeit der Verwaltung.

Die Freien Wähler sehen die Finanzmisere schon lange und mahnten seit Jahren an, dass die Gemeinde entweder ein radikales Sparpaket schnürt oder sich frisches Geld über gewinnträchtige Entwicklun-



Die Talvogtei, der Verwaltungssitz Kirchzartens. Hier wird die vom Gemeinderat beschlossene Politik umgesetzt. Aufgrund der schwierigen Finanzsituation muss mit knappen Mitteln gehaushaltet werden.

FOTO: DAGMAR ENGESSER

gen neuer Baugebiete besorgt, hob Dr. Harald Schauenberg hervor.

Deutschland verzeichne seit fünf Jahren kein Wachstum und damit auch keine nennenswerten Steigerungen der Steuereinnahmen. Gleichzeitig würden ständig neue Ausgaben kreierte. Nicht nur auf kommunaler Ebene, auch bei Land und Bund trete dasselbe Phänomen auf: Die Ausgaben steigen schneller als die Einnahmen, was allerorten zu finanziellen Engpässen führe. Inzwischen müsse man davon ausgehen, dass die wirtschaftliche Situation sich weiter verschlechtern wird und damit auch die Steuereinnahmen. Deshalb sei die Umsetzung des gesamten Konsolidierungspakets unabdingbar, deshalb hätten die Freien Wähler auch der Erhöhung der Gewerbesteuer zugestimmt.

Dietmar Junginger (CDU) führte aus, dass nationale und internationale Problemstellungen auf die kommunaler Ebene durchschlagen, die Krise sei auch dort angekommen. Die Umsetzung des von Prof. Dr. Meran Seker vorgeschlagenen Maßnahmenkatalogs mit den vielen Einschnitten für die Bevölkerung liegt wie eine schwarze Wolke über dem beschlossenen „Rumpfhaushalt“. Doch sei er letztlich gar nicht so schlecht. Kirchzarten wer-

de weiterhin, natürlich mit Abstrichen, gut funktionieren und es bestehe die Perspektive, dass alles wieder ins Lot gerückt wird, ließ er sich von seiner Fraktionskollegin Karin Schmidt zitieren, da er selbst nicht anwesend sein konnte. Systemrelevant für Kirchzarten seien Großveranstaltungen wie Black Forest Voices, Ultra Bike, Weihnachtserlebnis, Rock am Bach; elementar wichtig für den Tourismus sei auch das Dreisambad. Dann gebe es noch das „System Kirchzarten“, hunderte von ehrenamtlich Engagierten. Dieses Engagement müsse wertgeschätzt und dürfe nicht überfordert werden – denn in Zukunft müsse man darauf vermehrt bauen.

Für diesen Haushalt könne man nur um Entschuldigung bitten, denn er sei eine Zumutung, resümierte Stefan Saumer (SPD). Mute man den Menschen zu viel zu, so merkte er Bezug nehmend auf einen ehemaligen Bundeskanzler an, dann verlieren sie das Vertrauen in die Politik. Wenn man die letzten Wahlergebnisse analysiert, so müsse man feststellen, dass sie auch das Vertrauen in die Demokratie und in eine sichere Zukunft verlieren. Eine Zumutung sei auch, dass die Rahmenbedingungen der kommunalen Haushalte nicht stimmen, weil die-

jenigen, die bestellen, nicht angemessen bezahlen. Hinterfragt werden müsste, warum Baden-Württemberg im Rahmen des Länderfinanzausgleichs Geld nach Berlin überweise und dort Kita-Plätze kostenfrei sind, während in Kirchzarten die Gebühren erhöht würden. Finanzieller Spielraum könnte sich ergeben, wenn starre Vorschriften gelockert würden. Kirchzarten musste eine provisorische Geflüchtetenunterkunft für über vier Millionen errichten, während andernorts im Landkreis Provisorien stillgelegt werden. Am ende kostet das Lebendort für ein vierköpfige Familie über 1400 Euro im Monat – auch das eine Zumutung. Insgesamt alles Schieflagen, die unverständlich und Entwicklungen, die beängstigend seien. Obwohl mit vielem nicht einverstanden, stimmte SPD dem Haushaltsplan zu.

„Wir mussten uns in den vergangenen Monaten mit diesen, ja traurigen Zahlen auseinandersetzen und schauen, wo können wir sparen und wo kann und muss mehr Geld eingenommen werden“, so Susanne Vogler (sozialökologischen Wandel). Um die Entscheidungen wurde gerungen und keiner hat sie sich leicht gemacht. Trotz aller negativen Folgen hielt Vogler fest, dass an vielen Stellen der Rotstift nicht angesetzt wurde. Das Dreisambad, die Schulsozialarbeit und die Mediathek bleiben erhalten. Trotz klammer Haushaltslage wurden Sanierungen beendet und Projekte auf den Weg gebracht, so der Zartener Kindergarten, die Geflüchtetenunterkunft, der Feuerwehrranbau und der Ausbau der Grundschule Kirchzarten für die Ganztagesbetreuung. Von Stillstand sei man also weit entfernt. Die Zeiten des Luxusdampfers seien vorüber, umso wichtiger sei es, dass ein intensiver demokratischer Austausch stattfindet, um den besten Konsens für die Gemeinde und ihre Bevölkerung zu finden. Nicht zuletzt, um einer nichtdemokratischen Partei den Nährboden zu entziehen.

Dagmar Engesser